

**Beschluss (vorläufig)** Rechtsextremismus konsequent entgegentreten, Menschenwürde entschlossen verteidigen

Gremium: Landesdelegiertenversammlung

Beschlussdatum: 20.04.2024

Tagesordnungspunkt: 4. Rechtsextremismus entgegentreten - Demokratie stärken

## Antragstext

1 Rechtsextremismus konsequent entgegentreten, Menschenwürde entschlossen  
2 verteidigen

3 Unsere Demokratie ist in Gefahr. Rechter Hass, Antisemitismus, Rassismus und  
4 andere menschenverachtende Hetze gehören leider für viele Menschen zum Alltag.  
5 Trotz vielfältiger anderer Bedrohungen, die ebenso dringend im Blick zu behalten  
6 sind, ist der Rechtsextremismus weiterhin die größte Gefahr für die Demokratie,  
7 die Innere Sicherheit und das gesellschaftliche Miteinander in Rheinland-Pfalz  
8 und ganz Deutschland.

9 Das Land, in dem wir leben wollen, ist vielfältig, offen und tolerant.  
10 Rheinland-Pfalz steht für ein friedliches und demokratisches Miteinander,  
11 geprägt von vorurteilsfreien Begegnungen und Lebensfreude. Unsere Stärke liegt  
12 in einer offenen Gesellschaft und gelebter Vielfalt. Diejenigen, die sich für  
13 unsere offene Gesellschaft einsetzen, werden nicht selten selbst zur Zielscheibe  
14 von verbalen und physischen Angriffen. Gleichzeitig stoßen die Präsenz und die  
15 Narrative von rechtsextremen Akteur:innen in der Mitte der Gesellschaft mehr und  
16 mehr auf Gleichgültigkeit oder sogar Akzeptanz. Das ist ein direkter Angriff auf  
17 unsere Demokratie und die rheinland-pfälzische Lebensart.

18 Stark macht Rheinland-Pfalz auch seine engagierte und organisierte  
19 Zivilgesellschaft. Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften, Unternehmen,  
20 Jugendverbände, freiwillige Feuerwehren, viele andere Vereine, Verbände und  
21 Gruppen und einzelne engagierte Bürger\*innen stehen für Demokratie und Vielfalt  
22 ein. Die Rolle der unzähligen ehrenamtlich Engagierten ist ausdrücklich zu  
23 würdigen. Denn rechtsextreme Netzwerke und Gewalt besetzen häufig dort Räume, wo  
24 sich Staat, Vereinsstrukturen oder soziale Einrichtungen zurückziehen. Das wird  
25 derzeit – gerade in ländlichen Regionen – immer wieder deutlich.

26 Der Schutz der Menschenwürde, der Vielfalt und unserer freiheitlichen  
27 demokratischen Grundordnung sind längst nicht mehr selbstverständlich. Wir  
28 setzen uns dafür ein, dass er es wieder wird. Daher wollen wir:

29 Rechtsextreme Netzwerke auflösen

30 Eine stetig wachsende, rechtsextreme Szene hat seit Jahren einen beunruhigend  
31 hohen Organisationsgrad erreicht. Sie tritt offen, selbstbewusst und gewaltaffin  
32 auf. Unter den Augen von Politik und Sicherheitsbehörden hat sich die  
33 rechtsextreme Szene über Jahrzehnte transnational vernetzt, illegale und  
34 weitreichende Finanzstrukturen aufgebaut, Menschen bedroht, verletzt und  
35 ermordet.

36 Langsam, aber sicher kommt es zu einem Umdenken im Kampf gegen den  
37 Rechtsextremismus. Aus den strukturellen Fehlern der Vergangenheit müssen die  
38 richtigen Lehren gezogen werden. Wir unterstützen unsere rheinland-pfälzischen

39 Sicherheitsbehörden auf diesem Weg und stehen für ein konsequentes Vorgehen  
40 gegen Rechtsextremist:innen. An den Punkten, an denen die Sicherheitsbehörden  
41 aktuell auf große Hindernisse in ihrer Arbeit treffen, setzen wir uns dafür ein,  
42 diese wohlbedacht zu korrigieren.

43 Hass als Geschäftsmodell unterbinden

44 Verfassungsfeinde erwirtschaften – teilweise illegal – exorbitante Finanzmittel,  
45 die sie für ihren ideologischen Kampf gegen unsere Demokratie einsetzen. Für uns  
46 ist klar: Hass darf kein Geschäftsmodell sein. Wir setzen daher auf eine bessere  
47 Zusammenarbeit zwischen unseren Sicherheits- und Finanzbehörden. Es ist an der  
48 Zeit, ähnlich wie im Bereich der Organisierten Kriminalität, eine "Follow the  
49 Money"-Strategie gegen Rechtsextremismus zu etablieren.

50 Dafür schlagen wir eine temporäre Task-Force gegen rechtsextreme  
51 Finanzierungsnetzwerke vor. In dieser Task-Force sollen die beteiligten  
52 Behörden, also das Landeskriminalamt, die Staatsanwaltschaften, die Finanzämter,  
53 der Zoll und das Landesamt für Verfassungsschutz, zusammenkommen, um gemeinsam  
54 Strukturermittlungsverfahren gegen die rechtsextreme Szene zu bearbeiten und die  
55 gegenseitige Sensibilisierung und Kommunikation voranzutreiben.

56 Korruption und autoritäre Einflussnahme bekämpfen

57 Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten suchen die bewusste Nähe zu den  
58 autoritären Regimen dieser Welt. Hand in Hand verfolgen sie das gemeinsame Ziel,  
59 die liberale Demokratie zu zerstören. Dabei greifen sie auch auf staatlich  
60 organisierte Desinformationskampagnen zurück, die das Vertrauen in unsere  
61 rechtsstaatlichen Institutionen und demokratische Prozesse untergraben, unsere  
62 Gesellschaft spalten und Demokratinnen und Demokraten diskreditieren. Die  
63 transnationale Zusammenarbeit der Demokratiefeinde ist dabei durch  
64 intransparente Geldflüsse, Korruption und mafiose Strukturen geprägt.

65 Jeglicher Versuch der autoritären Einflussnahme ist eine Gefahr für unsere  
66 nationale Sicherheit. Es ist daher dringend notwendig die Kompetenzen unsere  
67 Sicherheitsbehörden in der Abwehr dieser weiter zu stärken. Ebenso fordern wir  
68 eine nationale Sensibilisierungsoffensive für die Gefahren von Desinformation,  
69 Einflussnahme und Korruption, mit der eine gesamtgesellschaftliche,  
70 demokratische Resilienz gefördert wird.

71 Demokratiefeinde aus dem Staatsdienst entfernen

72 Rechtsextreme und Demokratiefeinde lehnen die freiheitliche-demokratische  
73 Grundordnung ab. Wir dürfen diese Personen daher nicht im Staatsdienst  
74 akzeptieren und müssen eine Unterwanderung unserer Behörden konsequent  
75 unterbinden. Disziplinarverfahren, mit denen Extremisten aus dem  
76 Beamtenverhältnis entfernt werden sollen, ziehen sich oft über mehrere Jahre. In  
77 dieser Zeit erhalten diese Personen weiterhin einen Großteil ihrer Bezüge. Um  
78 langwierige Verfahren zu verhindern, müssen Disziplinarmaßnahmen gegen  
79 Extremisten im Staatsdienst schneller ausgesprochen werden können. Es ist daher  
80 an der Zeit, dass Rheinland-Pfalz dem Beispiel der Bundesregierung folgt und das  
81 Landesdisziplinargesetz entsprechend ändert.

82 Recht durchsetzen, Demokratie auch im Netz verteidigen

83 Soziale Medien, große Handels- und Spiele-Plattformen haben unser Leben  
84 verändert. Sie haben viele positive Effekte, dienen jedoch auch als  
85 Brandbeschleuniger für Hass, Hetze, der Verbreitung rechtsextreme Devotionalien  
86 und rechtsextremer Desinformation. Insbesondere junge User\*innen werden mit  
87 rechtsextremen und hasserfüllten Inhalten überschüttet.

88 Mit dem Digital Services Act und seiner jüngst beschlossenen nationalen  
89 Umsetzung im Digitale-Dienste-Gesetz, gibt es einen neuen, umfassenden  
90 Rechtsrahmen für Plattformbetreiber\*innen. Dieser muss nun durchgesetzt und mit  
91 Leben gefüllt werden. Rechtswidrige Inhalte müssen schneller gelöscht werden und  
92 gerade Plattformen, die für rechtsextreme Anwerbeversuche genutzt werden wie  
93 Gaming-Portale, stärker in die Pflicht genommen werden. Darüber hinaus gilt es,  
94 die Strafverfolgung im Netz zu intensivieren und den Druck auf nationaler und  
95 europäischer Ebene auf die Plattformbetreiber\*innen weiter zu erhöhen, ihren  
96 gesetzlichen und selbst gegebenen Verpflichtungen tatsächlich  
97 nachzukommen. Strafverfolgungsbehörden müssen zudem die nötige Sensibilität und  
98 personellen Ressourcen entwickeln, um Rechtsverstöße im Netz noch konsequenter  
99 und unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit zu verfolgen.

100 Mit dem neuen Beirat bei der Koordinierungsstelle für Digitale Dienste der  
101 Bundesnetzagentur stärken wir die Mitwirkung der Zivilgesellschaft bei der  
102 Durchsetzung des Digital Services Act. Darüber hinaus steigern wir mit Projekten  
103 wie „Scroll nicht weg“ die digitale Zivilcourage im Netz und empowern Menschen,  
104 im Netz dagegen zu halten, wenn ihnen Hass und Hetze begegnen. Denn auch im Netz  
105 ist weiterhin zivilgesellschaftliches Engagement und Gegenrede notwendig, um  
106 unser freiheitliches und vielfältiges Leben zu erhalten.

107 Politische Bildung und die organisierte Zivilgesellschaft stärken

108 Eine selbstbewusste und wehrhafte Demokratie funktioniert nicht ohne eine  
109 starke, organisierte Zivilgesellschaft. Rechtsextreme Akteur:innen wissen das  
110 und versuchen daher die Zivilgesellschaft einzuschüchtern, gezielt zu schwächen  
111 und zu diffamieren. Wir sehen es daher als intrinsische Aufgabe des Staates an,  
112 demokratische und antifaschistische Strukturen nachhaltig zu stärken. Wir  
113 brauchen die starke Zivilgesellschaft, die on- und offline rechtem Hass  
114 widerspricht. Auf Bundesebene setzen wir uns weiterhin vehement für eine baldige  
115 Verabschiedung des Demokratiefördergesetzes ein.

116 Die Förderung von Demokratiebildung und einer demokratischen, weltoffenen  
117 Haltung in der Gesellschaft für mehr Toleranz und ein friedliches Miteinander  
118 ist ein zentrales Anliegen der politischen Bildung. Die Landeszentrale für  
119 politische Bildung leistet dabei einen wichtigen Beitrag bei der  
120 außerschulischen Bildung. Darüber hinaus stärken wir die Gedenkarbeit und  
121 Demokratiebildung in den Schulen. So sollen z.B. alle Schüler\*innen im Laufe  
122 ihrer Schulzeit ein ehemaliges Konzentrations- bzw. Vernichtungslager der NS-  
123 Diktatur besuchen, um für die historische Verantwortung Deutschlands  
124 sensibilisiert zu werden. Wir setzen uns dafür ein, die Verbrechen der NS-  
125 Diktatur und die Rolle von Rheinland-Pfalz weiter konsequent aufzuarbeiten.  
126 Demokratie lebt aber vor allem von Teilhabe. Wir halten daher weiterhin an  
127 unserem Ziel fest, das Wahlalter 16 bei Landtags- und Kommunalwahlen  
128 einzuführen.

129 Engagierte und Betroffene besser schützen

130 Für die Bekämpfung von Rechtsextremismus ist die Bekämpfung von Rassismus und  
131 die Unterstützung von Betroffenen zentral. Wir unterstützen die zahlreichen  
132 Projekte und Beratungsstellen, die sich gegen Rechtsextremismus, Rassismus,  
133 Antisemitismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit  
134 engagieren.

135 Menschen, die sich Tag für Tag für unsere Demokratie einsetzen, seien es  
136 Mandatsträger:innen, Journalist:innen oder Ehrenamtliche in den Kommunen, müssen  
137 durch unseren Staat besser geschützt werden. Wir setzen uns daher auf  
138 Bundesebene für eine Reform des Melderechts ein. Damit wollen wir  
139 Auskunftsperren für alle Bedrohten deutlich erleichtern. Auf Landesebene  
140 streben wir eine Reform der Landeswahlordnung an, womit wir die Veröffentlichung  
141 der Privatadressen von Kandidierenden verhindern wollen.

142 Und schließlich brauchen wir für Bürger:innen vor Ort in den Städten und im  
143 ländlichen Raum vertrauensvolle Ansprechpartner:innen, um schnell auch auf  
144 schwierige Situationen im Zusammenhang mit allen Formen gruppenbezogener  
145 Menschenfeindlichkeit reagieren zu können. Hier können auch die Kommunen vor Ort  
146 einen Beitrag leisten.

147 Rechtsextreme konsequent entwaffnen

148 Der Waffenbesitz von Rechtsextremen stagniert weiterhin auf einem bedenklich  
149 hohen Niveau. Über 100 Rechtsextremisten, Reichsbürger und Deligitimierer in  
150 Rheinland-Pfalz besitzen eine waffenrechtliche Erlaubnis. Um die 400  
151 Schusswaffen befinden sich in den Händen von gefährlichen Extremisten. Jede  
152 davon ist eine zu viel.

153 Wir setzen uns daher für eine Verschärfung des Waffenrechts ein. Momentan darf  
154 der Verfassungsschutz den Waffenbehörden beispielsweise keine über fünf Jahre  
155 alten Erkenntnisse über Extremisten mitteilen. Wichtige Erkenntnisse, die auf  
156 eine Unzuverlässigkeit im Sinne des Waffenrechts hinweisen können, fallen  
157 dadurch durchs Raster. Das muss sich dringend ändern. Außerdem braucht es eine  
158 engere Zusammenarbeit zwischen Kontrollbehörden, Polizei und Verfassungsschutz  
159 zum Widerruf der Waffenerlaubnis und dem Einzug von Waffen. Und schließlich  
160 sollen Rechtsextreme in Zukunft nicht mehr auf Schießständen üben dürfen.

161 Die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie beweisen

162 Ein zentrales Ziel der AfD und eine entscheidende Voraussetzung ihres Erfolgs  
163 ist die Verschiebung von Normalitätsstandards. Als demokratische Politiker:innen  
164 werden wir uns nicht daran beteiligen, Werte und Normen zu verschieben oder gar  
165 von der AfD zu übernehmen. Wir werden unsere demokratischen Grundhaltungen und  
166 den politischen Diskurs auch sprachlich bewahren. Dabei erwarten wir einen  
167 breiten Schulterschluss aller demokratischen Kräfte.

168 Die AfD ist der parlamentarische Arm der extremen Rechten und eine Gefahr für  
169 unsere Demokratie. Die rheinland-pfälzische AfD ist nicht zu unterschätzen. Sie  
170 hat klare Verbindungen in ein tief rechtsextremistisches und gewaltbereites  
171 Milieu und hat sich in den vergangenen Monaten weiter radikalisiert. Strukturen  
172 und personelle Überschneidungen mit rechtsextremen Burschenschaften und  
173 Gruppierungen sind nicht zu übersehen. Unsere Demokratie ist wehrhaft und sieht  
174 Instrumente vor, um gegen diese Feinde der Demokratie vorzugehen. Wenn die  
175 rechtlichen Voraussetzungen für diese Instrumente vorliegen, müssen sie

176 angewandt werden. So haben es die Väter und Mütter des Grundgesetzes uns als  
177 Lehre aus der NS-Zeit mitgegeben.

178 Zu den Instrumenten der wehrhaften Demokratie zählt auch ein mögliches  
179 Parteiverbotsverfahren. Damit ein solches Verfahren von allen zuständigen  
180 Verfassungsorganen, also Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat, intensiv  
181 geprüft werden kann, braucht es eine umfangreiche Materialsammlung. Wir fordern  
182 daher unsere Sicherheitsbehörden dazu auf, die richtigen Lehren aus vergangenen  
183 Parteiverbotsverfahren zu ziehen und eine rechtssichere Materialsammlung, die  
184 auch die Jugendorganisation der AfD umfasst, anzulegen.